

## Jean-Claude Juncker in Bologna ausgezeichnet

Premierminister Jean-Claude Juncker wurde gestern für seine außergewöhnlichen Verdienste um Europa, die gemeinsame Währung und sein Engagement als Eurogruppe-Chef in Bologna mit der höchsten Auszeichnung der Universität von Bologna, dem „Sigillum Magnum“, ausgezeichnet. Verliehen wird die Ehrung an engagierte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Auch der ehemalige italienische Ministerpräsident und ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, sowie Altbundeskanzler Helmut Kohl bekamen gestern die Ehrung verliehen. (C.)

## Kartheiser soll neuer ADR-Präsident werden

Fernand Kartheiser soll neuer ADR-Präsident werden und den aktuellen Präsidenten Robert Mehlen nach 21 Jahren im Amt ablösen. Kartheiser ist der einzige Kandidat für den Posten des Parteichefs. Darauf einigte sich der Nationalrat am Montagabend. Der aktuelle Generalsekretär Roy Reding wird von Jean Schoos abgelöst. Als ersten Vize-Präsidenten schlägt der Nationalrat Jean Colomera vor. Weitere Vize-Präsidenten sind Roy Reding, Marcelline Goergen und Marc Gatti. Sämtliche Kandidaten müssen noch vom Kongress am 25. März bestätigt werden. (mig)

## Sozialarbeiter-Studenten ohne Statut und Beihilfen

In Luxemburg belegen etwa 30 Studenten, die eine Ausbildung zum Sozialarbeiter absolviert haben, ein viertes Studienjahr, um ihren Beruf hierzulande ausüben zu dürfen. Laut Informationen der Studenten ist die Ausbildung in Luxemburg nicht gesetzlich geregelt. Die Sozialarbeiter hätten kein Statut, weder als Arbeitnehmer, noch als Student oder als Sozialhilfeempfänger. „Wir haben kein Recht auf Studienbeihilfen und erhalten kein Kindergeld, das nur bis 18 Jahre ausbezahlt wird. Wir befinden uns in einem juristischen Vakuum“, so einer der Studenten gegenüber dem „Luxemburger Wort“. Die Studenten hätten eine 40-Stunden-Woche, so der Sprecher. Die theoretischen Kurse – acht Stunden pro Woche – würden in den Räumlichkeiten der Universität Luxemburg abgehalten, „aber wir sind dort nicht als Studenten registriert“, so der Sozialarbeiter. Das unbezahlte Praktikum mache 32 Stunden wöchentlich aus. Trotz Intervention beim Ombudsman und mehrfacher Kontaktaufnahme sei seitens des Hochschulministeriums bislang keine Reaktion gekommen. Ressortminister François Biltgen habe in seiner Antwort auf eine parlamentarische Frage darauf hingewiesen, er sei nicht zuständig. Seitens der Regierung sei bislang kaum etwas geschehen. Lediglich Jean-Claude Juncker habe auf einen Brief der Studenten geantwortet und François Biltgen als zuständigen Minister genannt. Unklar sei auch, ob das vierte Ausbildungsjahr beibehalten oder abgeschafft würde. „Studenten, die aus dem Ausland kommen, wissen nicht, woran sie sind“, so der Sprecher. (mig)

## Nach dem Audit

# Von den Konten zur Qualität

Beschäftigungsinitiative Forum pour l'emploi fordert Qualitätskontrolle

INTERVIEW: DANI SCHUMACHER

**Das Audit bescheinigte der Beschäftigungsinitiative Forum pour l'emploi eine ordnungsgemäße Kontenführung. Ganz zufrieden ist die Führungsmannschaft dennoch nicht. Der finanztechnischen Untersuchung müsste auch ein Audit über die Qualität der Beschäftigungsinitiativen folgen, fordern Forum-Präsident Ali Kaes, Finanzdirektor Luc Schmitz und Generaldirektor Pit Winandy.**

■ **Das vom Beschäftigungsministerium in Auftrag gegebene Audit stellt dem Forum pour l'emploi gute Zensuren aus. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?**

**Ali Kaes:** Aus dem Audit geht ganz klar hervor, dass das Forum absolut transparent und korrekt geführt wird und dass die Kontenführung vorschriftsmäßig erfolgt. Wir beanstanden das Audit in keiner Weise, aber es löst längst nicht alle Probleme. Was z.B. die von Minister Schmitz erwähnte Rückzahlung in Höhe von 470 000 Euro anbelangt, weisen die Experten von BST klar darauf hin, dass in dem Punkt unterschiedliche Interpretationen möglich sind. Im Audit sind vier Hypothesen aufgeführt. Je nach Blickwinkel würden uns noch 640 000 Euro zustehen, die für uns ungünstige Hypothese hält fest, dass wir 570 000 Euro zurückbezahlen müssten. Bei der Vorstellung des Audits hat Minister Nicolas Schmitz aber nur eine Variante erwähnt, die anderen hat er nicht berücksichtigt. Das hat leider dazu geführt, dass nach den ganzen Querelen der vergangenen Monate in der breiten Öffentlichkeit nun die Meinung vorherrscht, dass das Forum ebenfalls zu viel Geld bekommen hat. Dass unsere Konten korrekt sind und dass wir unterfinanziert sind, das geht hingegen vollständig unter.

**Pit Winandy:** Es gibt u.a. eine Differenz von 300 000 Euro. Das Problem rührt daher, dass die Experten von BST nur die Konten des Forum, nicht aber die des unabhängigen Ausbildungszentrums Fest untersucht haben. Das Fest wird zu 100 Prozent vom Staat finanziert und erhält jährlich 1,1 Million Euro. Die Gelder, die nicht gebraucht werden, müssen wir zurück überweisen. In der Forum-Bilanz von 2010 sind die 300 000 Euro in der Tat als dem Ministerium geschuldet aufgeführt, allerdings haben wir die Summe bereits Anfang 2011 überwiesen. Diese 300 000 Euro in den vier Hypothesen zu erwähnen macht daher keinen Sinn und führt nur zu Missverständnissen. Diese hätten aus der Welt geschafft werden können, wenn die Experten den Beschäftigungsinitiativen einen Vorentwurf des Audits präsentiert hätten.

■ **Probleme gibt es ja auch hinsichtlich der zusätzlichen Finanzspritze in Höhe von einer Million Euro, die Schmits Vorgänger François Biltgen den Initiativen 2009 zugestanden hatte ...**



**Ein Team, ein Ziel:** „Unsere vorrangige Aufgabe muss es sein, die Erwerbslosen auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen“, betonen Forum-Präsident Ali Kaes (rechts), Finanzdirektor Luc Schmitz (Mitte) und Generaldirektor Pit Winandy (links).

(FOTO: ARLETTE SCHMIT)

**P.W.** In der Tat. Wir haben die Gelder bekommen, aber ohne genaue Anweisungen, wie die Mittel einzusetzen sind. Aber damit waren die Probleme nicht gelöst. Wir haben zusätzliche Arbeitslose aufgenommen, doch die Million war eine einmalige Zuwendung. Danach mussten wir dann sehen, wie wir die zusätzlichen Erwerbslosen betreuen sollten. Die Gelder, die uns laut Konvention zugestanden wurden, reichten ja ohnehin kaum aus, um eine ordentliche Betreuung zu gewährleisten.

**A.K.** Die Unklarheiten, sowohl was die zusätzliche Finanzspritze anbelangt, aber auch auf die Beschäftigungsinitiativen insgesamt bezogen, sind zumindest teilweise darauf zurückzuführen, dass die Betreuung der Initiativen durch das Ministerium nicht optimal funktioniert. Briefe oder Anfragen werden oft nur sehr spät oder überhaupt nicht beantwortet. Wir wurden seit Jahren immer wieder vertröstet. Unter diesen Umständen ist es nur sehr schwer möglich, einen Betrieb wie das Forum mit seinen 450 Mitarbeitern korrekt zu führen. Übrigens lassen die Experten dies auch in ihrem Audit an mehreren Stellen durchblicken.

■ **Die belgischen Experten kommen auch zum Schluss, dass das Forum unterfinanziert ist. Kommen Sie mit dem neuen Finanzierungssystem nun besser über die Runden?**

**A.K.** Zwar haben uns die Minister Biltgen und Schmitz in der Vergangenheit immer wieder bestätigt, dass das Forum sehr gut arbeitet, doch davon kann ich mir nichts kaufen. Ich verstehe deshalb auch nicht, wieso wir noch 470 000 Euro zurückbezahlen sollen, wenn aus dem Audit eindeutig hervorgeht, dass das Forum unterfinanziert ist. Wenn wir nicht genügend Geld haben, können wir unserer vorrangigen Aufgabe, die Er-

werbslosen wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen, einfach nicht gerecht werden. Das neue System hat den Vorteil, dass nun endlich die gleichen klaren Spielregeln für alle Beschäftigungsinitiativen gelten. Und es ist transparent. Wir wissen nun genau, was uns zusteht. Nach dem neuen System bekommen wir 12,9 Millionen Euro im Jahr, bislang waren es nur etwa neun Millionen. Das neue Finanzierungssystem trägt also der Tatsache Rechnung, dass das Forum über Jahre zu wenig Geld bekommen hat. Allerdings machen allein die Löhne, die der Beschäftigungsfonds übrigens in Form von Arbeitslosengeld ohnehin übernehmen müsste, 8,2 Millionen Euro aus. Für die eigentliche Betreuung bleiben also unter dem Strich nur noch 4,5 Millionen Euro. Darin enthalten sind zudem noch die Löhne für die Festangestellten, die Mieten usw.

**P.W.** Was die Betreuung anbelangt, bedingt das neue System für uns keine große Umstellung. Die Regeln, die in unserer Konvention von diesem Jahr festgeschrieben wurden, sind fast deckungsgleich mit denen, die das Forum in der Vergangenheit angewandt hat.

**Luc Schmitz:** Die Probleme liegen nicht im neuen System, sondern vielmehr in der Vergangenheit. Denn auch nach dem Audit weisen die Zeiger noch lange nicht auf Null! Es war seit Jahren bekannt, dass das Forum nicht ausreichend finanziert wurde. Die Aufarbeitung der „Altlasten“ muss nun in Gesprächen mit dem Ministerium geklärt werden. Denn wir müssen unbedingt eine Lösung finden.

■ **Minister Schmitz hat angekündigt, dass er einen Mitarbeiter des Ministeriums in die Verwaltungsräte der Beschäftigungsinitiativen entsenden will. Wie stehen Sie zu diesem Vorhaben?**

**A.K.** Wir hatten dem Ministerium schon 2011 den Vorschlag gemacht, uns einen Mitarbeiter zu schicken, der ständig Einblick in das Tagesgeschehen nehmen kann und das Forum auch kontrolliert. Doch bis heute wurde uns noch niemand zugewiesen.

**P.W.** Ich bin allerdings der Meinung, dass es juristisch problematisch sein kann, den Beamten als normales Mitglied in den Verwaltungsrat aufzunehmen. Denn die Mitglieder müssen die Verantwortung übernehmen, wenn etwas schiefgehen sollte. Ich glaube es wäre sinnvoller, wenn der Beamte als ständiger Beobachter an den Sitzungen teilnimmt.

■ **Die aktuellen Audits nehmen nur die finanzielle Seite der Beschäftigungsinitiativen unter die Lupe. Sie sagen aber nichts darüber aus, wie erfolgreich die Initiativen arbeiten ...**

**P.W.** Das stimmt. Wir müssen uns letztendlich daran messen lassen, wie viele Arbeitslose wir auf den ersten Arbeitsmarkt vermitteln können. Das ist unsere eigentliche Aufgabe. Wir haben schon vor einer Weile vorgeschlagen, dass alle Initiativen einen Fachmann für die Qualitätskontrolle einstellen, der nach bestimmten, genau definierten Normen arbeitet. Dann könnten die Initiativen genau beweisen, ob und wie erfolgreich sie arbeiten, bzw. wie gut ihre Betreuung funktioniert. Das scheint mir ungemein wichtig, denn immerhin arbeiten wir mit Steuergeldern und es wäre nur folgerichtig, dass wir genau Rechenschaft über unsere Arbeit ablegen, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Dann würden wir auch in der Bevölkerung auf eine größere Akzeptanz stoßen. Doch damals wurde beanstandet, dass eine solche Qualitätskontrolle zusätzliche Mittel verschlingen würde.